Mauretanien. Sie trifft zugleich – mit einigen seiner Beiträge – das Interesse des an Verfassungsvergleichung interessierten Juristen. Dem Buch sind viele Leser zu wünschen.

Ulf Marzik

Jürgen H. Schwarz / Armin A. Steinkamm (Hrsg.)
Rechtliche und politische Probleme des Einsatzes der Bundeswehr 'out of area'
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1993, 295 S., DM 48,--

"Die deutsche Bundesmarine (...) war auf hoher See. Plötzlich ein einzelner Punkt auf dem Radarschirm. 'Sagen Sie dem Schiff, es soll seinen Kurs um 15 Grad ändern', befahl der Admiral. Der Funker tat wie befohlen, empfing aber postwendend den Funkspruch: 'Sie ändern Ihren Kurs um 15 Grad.' 'Sagen Sie diesem Schiff, wir sind die Bundesmarine und daß es seinen Kurs um 15 Grad ändern soll', sagte der Admiral. Der Funker tat es. Wieder die Antwort: 'Sie ändern den Kurs.' Diesmal ging der Admiral selbst an das Funkgerät: 'Ich bin Admiral der Bundesmarine und ich befehle Ihnen, daß Sie den Kurs um 15 Grad ändern.' Die Antwort: 'Sie ändern den Kurs ... ich bin ein Leuchtturm !'" (S. 25)
Das hier vorliegende Buch, Band 8 der Schriftenreihe "Sicherheit und Recht", enthält Protokoll und Dokumentation eines Symposiums der Universität der Bundeswehr München vom Dezember 1992, das sich mit den rechtlichen, politischen und militärtechnischen Aspekten des Einsatzes der Bundeswehr bei internationalen Konflikten beschäftigt, wobei sogenannnte 'out of area'-Einsätze im Mittelpunkt stehen. Zu dieser Zeit gab es engagierte Debatten, auch in der Öffentlichkeit, über mögliche neue Aufgaben für die deutschen Streitkräfte. Nachdem die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges weder sicherer noch stabiler geworden ist und daher ein besonderes Bedürfnis nach Wahrnehmung neuer Aufgaben besteht – was aber aufgrund unserer Geschichte nicht über das Knie gebrochen werden darf –, ist die Diskussion über Bundeswehr-Einsätze wohl weniger ein verfassungsrechtliches Problem als vielmehr der Ausdruck einer tiefsitzenden Unsicherheit über die Weltlage und den Inhalt deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.
Die Entscheidung über den Bundeswehr-Einsatz (war und) ist eine Entscheidung über die deutsche Bereitschaft zur Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft sowie die Dokumentation der deutschen Einstellung zu geltendem Recht.
Dieser Sammelband, der über die Beiträge während des Symposiums hinaus ergänzende Artikel von Politikern, Wissenschaftlern und Soldaten enthält, belegt die Einmütigkeit der Juristen in den zentralen Fragen des deutschen Rechts und des Völkerrechts. Auch für eine breite Öffentlichkeit verständlich werden wichtige Probleme analysiert und die Notwendigkeit aufgezeigt, im Sinne unseres Grundgesetzes "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen".

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1995-3-406, am 13.10.2024, 11:56:36
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Nach der deutlichen Meinungsäußerung von Rupert Scholz, der sagt: "Nach der absolut herrschenden und richtigen Interpretation des Grundgesetzes ist es völlig klar, daß das Grundgesetz durchaus die Beteiligung an 'out of area'-Einsätzen ebenso wie die Beteiligung an 'Blauhelm'-Aktionen erlaubt. Es bedarf also keiner Änderung des Grundgesetzes." (S. 34), betont dies auch Karl Doehring, der auf Art. 27 WVK verweist und seine Rede mit der 'Aufforderung' schließt, man solle doch aus den Vereinten Nationen austreten, wenn man seine Pflichten nicht erfüllen wolle. (S. 69)

In den Reden zur politischen Situation wird auf frühere Bundeswehreinsätze verwiesen, werden die Ansichten der Bündnispartner in NATO, WEU und UNO angeführt und z.B. so unterschiedliche Probleme wie Rüstungskontrolle, Souveränität, Logistik, Freiwilligkeit für den einzelnen Soldaten etc. angerissen.

Abschließend ist festzustellen, daß ein 1993 erschienenes Buch – wenn es auch interessante Details enthält und die lebhafte Diskussion widerspiegelt – zu einer 1991 geführten Debatte 1995 nicht mehr ganz aktuell sein kann. Insbesondere das Urteil des BVerfG vom 12. Juli 1994 und das Ergebnis der Bundestagsdebatte vom 30. Juni 1995 könnten aber vielleicht positive Resultate der Arbeit gerade dieser Expertengruppe aus dem Jahr 1991 sein.

Das Schiff hat seinen Kurs geändert.

Dagmar Reimmann

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1995-3-406, am 13.10.2024, 11:56:36
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb